

G7: Handelskonflikt und Rohstoffkrise

Während Trump neue Zölle ins Spiel bringt, sucht die Staatengruppe nach Wegen, geopolitische Abhängigkeiten zu verringern

Von Gerrit Hoekman

Am Rande des G7-Treffens am Mittwoch in Paris zeigte sich Wirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) optimistisch: »Ich bin guter Hoffnung, dass wir auch diese Herausforderung gut miteinander gelöst bekommen.« Gemeint sind die Zölle, die US-Präsident Donald Trump für aus der EU importierte Autos und Lastwagen von 15 auf 25 Prozent erhöhen will. Sie befinde sich in intensiven Gesprächen mit den Amerikanern, so Reiche. Zu den G7 gehören Deutschland, die USA, Japan, Kanada, Großbritannien, Frankreich und Italien.

Präsident Trump begründete seine Drohung damit, dass die EU das Handelsabkommen mit den USA nicht einhalte. BMW-Aufsichtsratschef Nicolas Peter unterstützte diese Sicht in der *Zeit*. Viele in Europa halten Trumps Begründung jedoch für vorgeschoben. Beobachter verweisen darauf, dass die Spannungen nicht nur wirtschaftspolitisch motiviert seien: Trump habe womöglich auch auf die Kritik von Bundeskanzler Friedrich Merz reagiert, der ihm beim Thema Iran-Krieg mangelnde Strategie vorgeworfen hatte. Merz sagte bei einem Schulbesuch in Marsberg, die USA seien »ohne jede Strategie in diesen Krieg gegangen« und würden nun vom Iran gedemütigt.

Der bekanntermaßen dünnhäutige Trump reagierte auf seiner Plattform »Truth Social« mit der Aussage, Merz wisse nicht, wovon er spreche, und erklärte, es sei kein Wunder, »dass es Deutschland so schlecht geht«. Wenige Tage später brachte er neue Zölle ins Gespräch und drängte auf eine rasche Ratifizierung des Handelsabkommens. Diese Eskalation prägte auch das G7-Treffen, das vom Handelsstreit ebenso überschattet wurde wie vom Krieg gegen den Iran und von der Blockade der Straße von Hormus. Zwar standen industrielle Überkapazitäten, widerstandsfähige Lieferketten und Onlinehandelsregulierung auf der Agenda, doch im Verlauf der Beratungen rückte besonders die Versorgung mit kritischen Mineralien wie Lithium, Kobalt und seltenen Erden in den Fokus.

Große Mengen dieser Rohstoffe liegen in China. Das Land dominiert die Produktion der Mineralien, die unter anderem fürs Militär, für Hightech und für die Energiewende unersetzlich sind. Die westlichen Industriestaaten wollen die als solche empfundene Abhängigkeit von China verringern.

Im vergangenen Monat vereinbarten die USA und die EU, ihre Interessen bei kritischen Mineralien enger abzustimmen. Laut *Reuters* lehnten europäische Vertreter jedoch einen gemeinsamen Vorrat ab und plädierten statt dessen für nationale Reserven – ein Hinweis auf das gewachsene Misstrauen gegenüber Washington. Europäische Regierungen befürchten, die USA könnten einen gemeinsamen Vorrat in Krisen als Druckmittel nutzen oder für sich beanspruchen. Italien, Deutschland und Frankreich bestehen daher auf eigenen Beständen. Um die verschiedenen Initiativen dennoch zu koordinieren und handlungsfähig zu bleiben, planen die G7-Staaten die Einrichtung eines ständigen Sekretariats.

Das Sekretariat könnte bei der Internationalen Energieagentur (IEA) oder der OECD angesiedelt werden, erfuhr *Reuters* von zwei anonymen Quellen. Das würde für Paris als Hauptquartier des Sekretariats sprechen, denn beide Organisationen haben dort ihren Sitz. Ob die Stelle noch vor dem G7-Gipfeltreffen vom 15. bis 17. Juni im französischen Évian-les-Bains eingerichtet wird, ist anscheinend noch unsicher. Fest steht jedoch, dass das Thema auch dort eine zentrale Rolle spielen wird. In Évian am Genfersee wird die Rohstoffsicherheit ein Kernthema sein. Frankreich, das im Moment die G7-Präsidentschaft innehat, lädt am Donnerstag zu einem Onlinemeeting ein, auf dem das Gipfeltreffen im Juni vorbereitet werden soll.

Die Auswirkungen des Treffens reichen jedoch über Frankreich hinaus: Am gegenüberliegenden Ufer des Genfersees trifft auch die Schweiz Vorkehrungen. Sie wird zwar nicht am Gipfel teilnehmen, aber erwartet auch auf ihrem Staatsgebiet Demonstrationen gegen die G7. Die Delegationen werden nämlich auf dem Flughafen im schweizerischen Genf landen und von dort nach Évian gebracht. Die Kommandantin der Genfer Polizei, Monica Bonfanti, sprach sich am Dienstag im Regionalfernsehen der Westschweiz dafür aus, einige Grenzübergänge zu Frankreich für die Zeit des Gipfels zu schließen und an den noch offenen Übergängen die Personenkontrollen zu verstärken.

<https://www.jungewelt.de/artikel/522180.geo-und-energiepolitik-g7-handelskonflikt-und-rohstoffkrise.html>